

19.6.2017

Machtkampf ums Gas

Mit ungewöhnlich scharfen Stellungnahmen hat sich die Bundesregierung in der vergangenen Woche gegen die Vereinigten Staaten positioniert. Anlass ist die Annahme eines Gesetzentwurfes durch den US-Senat gewesen, der eine Verschärfung der Russlandsanktionen vorsieht. Er ist - anders als die bestehenden Sanktionsbeschlüsse - nicht mit Berlin abgesprochen und enthält eine Passage, die sich ausdrücklich gegen die Erweiterung der Nord Stream-Pipeline um zwei weitere Stränge richtet, wie sie gegenwärtig von einem Konsortium um die russische Gazprom und die deutschen Konzerne Wintershall (BASF) und Uniper (E.ON) geplant wird. In dem Entwurf erklärt Washington explizit seine "Opposition" zu Nord Stream 2. Würde das Dokument, das zunächst noch das Repräsentantenhaus passieren muss, tatsächlich Gesetz, dann müssten die an Nord Stream 2 beteiligten Unternehmen in den USA Strafmaßnahmen befürchten. Hinzu kommt, dass der Gesetzentwurf eine spürbare Ausweitung des Exports von per Fracking gefördertem US-Schiefergas vorsieht, um "amerikanische Jobs zu schaffen". Der Kontext legt nahe, dass das Schiefergas künftig auch nach Europa verkauft werden soll - anstelle russischen Gases.

Der ganze Artikel hier:

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59620>

#